



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom
Kantonsratspräsident

19. September 2016
Andreas Hofer

P 172 Postulat Graber Toni und Mit. über eine Überprüfung des Strassenbauprojektes „K 11/Einmündung K 43 – Erstellen der Radverkehrsanlage und der Sanierung des Knotens“, Gemeinde Schötz / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung.

Marcel Budmiger, Michèle Graber und Monique Frei beantragen Ablehnung.

Toni Graber hält an seinem Postulat fest.

Marcel Budmiger: Die geplante Sanierung der K 11 in Schötz wirft hohe Wellen. Die Einsprachen von betroffenen Personen und die dazu eingereichte Petition zeigen dies. Das Anliegen des Postulanten ist nachvollziehbar, das Projekt soll redimensioniert werden, die Eingriffe im Dorf sollen minimiert und die Verkehrssicherheit erhöht werden. Das klingt gut. Diesem Anliegen könnte die SP eigentlich zustimmen. In der Begründung des Regierungsrates wird aber aufgezeigt, dass die im Postulat vorgeschlagenen alternativen Massnahmen zu einem ebenso grossen Eingriff ins Dorfbild führen würden. Mit einer Überweisung des Postulats streuen wir Sand in die Augen der Bevölkerung. In diesem Fall gibt es leider nicht den Fünfer und das Weggli, also möglichst wenig Landverbrauch und eine gleichzeitige Erhöhung der Verkehrssicherheit. Wird aber die Umfahrung Alberswil–Schötz abgewartet, fahren etwas weniger Lastwagen und Autos durch das Dorf, einen Radweg gibt es dann aber nicht. Die Zeit bis zur Fertigstellung der Umfahrung bleibt gefährlich. Egal ob im Hochwasserschutz oder im Strassenverkehr, die Sicherheit der Bevölkerung hat für die SP höchste Priorität. Darum lehnen wir das Postulat ab. Wir wollen die Sicherheit jetzt erhöhen. Die Prüfung zur Redimensionierung wird mit der Begründung durch die Regierung bereits erfüllt. Das Ergebnis macht klar, dass wir zwischen Sicherheit oder einer Redimensionierung abwägen können.

Michèle Graber: Die GLP-Fraktion lehnt das Postulat ab. Eine differenzierte, gesetzesbezogene Auslegeordnung mit einer Beurteilung der verschiedenen Varianten ist bereits durchgeführt worden. Mit der gewählten Variante wird die Verkehrssicherheit am besten gewährleistet, wie es auch in der Begründung des Regierungsrates dargestellt wird. Die Gemeinde Schötz und die Betroffenen sind von Beginn weg in die Planung mit einbezogen worden. Aus Sicht der GLP will der Postulant den Radweg aus dem Projekt kippen. Wir werten die Sicherheit aber höher, deshalb kommt für uns ein Verzicht auf den Radweg nicht infrage.

Monique Frey: Der Regierungsrat schlägt die teilweise Erheblicherklärung des Postulats vor. Dadurch würde das jetzige Projekt sistiert und eine schlankere Sanierungsvariante geprüft. Mit dieser Massnahme wird die Sicherheit von Schulkindern, Velofahrenden, Fussgängern, Behinderten sowie alten und gehbehinderten Menschen in den nächsten Jahren nicht verbessert. Die Unfallschwerpunkte bleiben voraussichtlich die nächsten zehn Jahre bestehen. Zudem sind im redimensionierten Projekt weder ein separater Radstreifen

noch ein Radweg vorgesehen. Das widerspricht klar dem Radroutenkonzept. Der Postulant hofft auf die Umfahrung Alberswil und die damit verbundene Verkehrsabnahme. Es ist interessant, dass die gleichen Parlamentarier, welche sich gegen den Landverschleiss beim Hochwasserschutzprojekt Reuss gewehrt haben, hier kein Problem haben, beste Fruchtfolgeflächen für eine Umfahrung zu opfern. Die geplante Umfahrung befindet sich aber im Topf C und ist somit nicht terminiert. Die Grüne Fraktion lehnt das Postulat ab. Die geplante Sicherungssanierung ist es wert, dass die Flächen von Vorgärten und Parkplätzen geopfert werden, um damit Leben zu retten und Verletzungen zu verhindern. Eine sanftere Sanierung wäre mit einer Temposenkung möglich. Die Senkung von Tempo 50 auf Tempo 30 würde die Verkehrsführung für Autos, Velos und Menschen entscheidend verändern und die Sicherheit immens erhöhen. Mit Tempo 30 würde gleichzeitig das Problem der Lärmemissionen gelöst.

Toni Graber: Das Projekt stösst bei der Schötzer Bevölkerung auf grossen Widerstand, 25 Einsprachen und eine Petition mit 700 Unterschriften bestätigen dies. Die vorgesehene Breite von 13 Metern ist überdimensioniert und trägt nichts zur Sicherheit bei. Eine so breite Strasse verlockt geradezu zu schnellem Fahren. Bei einer schmäleren Strasse wird automatisch langsamer gefahren, dazu braucht es auch nicht Tempo 30. Die Projektkosten sind zu hoch, nämlich pro 100 Meter fast 1 Million Franken. Für das Projekt müssten Gärten, Vorplätze und Gewerbebetriebe weichen. Den Vorschlag der Regierung, die Umfahrungsstrasse Schötz–Alberswil zu priorisieren, finde ich richtig. Dadurch kann Schötz vom Verkehr entlastet werden, besonders vom Schwerverkehr. Die Sanierungsarbeiten am schlechten Strassenbelag und an den Spurrillen müssen aber auf jeden Fall bald in Angriff genommen werden. Ich halte an meinem Postulat fest.

Josef Wyss: Das Strassenbauprojekt mit Kosten von 10 Millionen Franken sorgt vor allem wegen des grossen Flächenbedarfs mitten im Dorf für Diskussionen. Das zeigt einmal mehr den Zielkonflikt, in dem wir uns befinden. Wenn die verkehrstechnischen Vorgaben wie das Radroutenkonzept eingehalten werden, resultiert schlussendlich ein Projekt in dieser Grössenordnung. Im bestehenden Raum bestehen aber gemäss der Regierung fast keine alternativen Möglichkeiten. Das Projekt soll im Zusammenhang mit der Umfahrungsstrasse Alberswil–Schötz nochmals geprüft werden. Wir sind überzeugt, dass damit eine Entlastung von Schötz bewirkt und den Bedürfnissen von Radfahrern und Fussgängern Rechnung getragen werden kann. Die CVP-Fraktion stimmt deshalb der teilweisen Erheblicherklärung des Postulats zu.

Erich Leuenberger: Wem die Situation in Schötz bekannt ist, den wundert es nicht, dass so viele Einsprachen zu diesem Projekt eingegangen sind. Ein so grosses Projekt findet in diesem Strassenzug schlichtweg keinen Platz. Es ist nicht möglich, die Interessen der Autofahrer, Radfahrer und Fussgänger unter einen Hut zu bringen. Es ist deshalb richtig, wenn die Regierung versucht, aus dem bestehenden Raum das Optimum herauszuholen. Es ist eine vernünftige Entscheidung, dabei die geplante Umfahrungsstrasse Alberswil–Schötz mit einzubeziehen und im Moment nur die notwendige Strassensanierung vorzunehmen. Deshalb stimmt eine Mehrheit der FDP-Fraktion der teilweisen Erheblicherklärung des Postulats zu.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng.

Robert Küng: Die Strassensituation in der Gemeinde Schötz ist ernst. Darum haben wir verschiedenste Varianten und die Kombination von gemeinsam geführten und getrennten Rad- und Gehwegen geprüft. Wir haben festgestellt, dass bezüglich Sicherheit der Radverkehr und die Fussgänger das Problem darstellen und nicht die Strasse selber. Auch Tempo 30 würde hier nicht zu einer Lösung beitragen. Mit der Generation der Flyer-Velos würde nämlich auf den Radwegen trotzdem mit 40 Stundenkilometern gefahren. Die kombinierten Rad- und Gehwege weisen also auch ihre Tücken auf. Die Strasse in Schötz ist gleichzeitig ein Autobahnzubringer und wird deshalb von Lastwagen rege benutzt. Wir haben mit der Gemeinde zusammen nach einer sicheren Lösung gesucht. Die teilweise Erheblicherklärung des Postulats wirft Fragen auf. Das Postulat verlangt eine Redimensionierung des Projekts. Dazu sagt die Regierung jedoch Nein. Das Projekt kann

nicht ohne weitere zusätzliche Massnahmen einfach redimensioniert werden. Deshalb ist die geplante Umfahrungsstrasse Alberswil–Schötz vertieft in das Projekt mit einzubeziehen. Es gibt aber auch noch weitere Varianten bezüglich des Radweges, die wir prüfen möchten. In Zukunft müssen wir wohl von der Idee wegkommen, dass sich der Radweg direkt neben der Strasse befinden muss. Dies wiederum entspricht nicht mehr dem Radroutenkonzept. Um noch weitere Varianten prüfen zu können, schlagen wir die teilweise Erheblicherklärung des Postulats vor.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat mit 73 zu 25 Stimmen die teilweise Erheblicherklärung der Erheblicherklärung vor.

In der definitiven Abstimmung erklärt der Rat das Postulat mit 72 zu 25 Stimmen teilweise erheblich.